

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 10 und bei den Depots 2 M., bei allen Post-Anstalten des Deutschen Reichs 2 M. 50 Pf.

Thorner

Insertionsgebühr

die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 10 Pf. Annoncen-Aufnahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 10, Heinrich Reiz, Koppernitsstraße.

Ostdeutsche Zeitung.

Insertions-Aufnahme auswärts: Straßburg: A. Fabrich, Ino-rawslaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpfe. Graudenz: Gustav Röhre. Bautenburg: M. Jung. Gollub: Stabskammerer Aufsen.

Expedition: Brückenstraße 10. Redaktion: Brückenstraße 39. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Inseraten-Aufnahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Insertions-Aufnahme auswärts: Berlin: Haasenfein u. Vogler, Rudolf Mosse, Bernhard Arndt, Mohrenstr. 47. G. S. Danne u. Ko. u. sämtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Coblenz, Frankfurt a./M., Hamburg, Kassel u. Nürnberg zc.

Freisinnige Wahltaktik.

Die „Germania“ und auch die „Kreuztg.“ kümmern sich aus Anlaß der Wahlvorgänge in Pommern viel um die Wahltaktik der freisinnigen Partei. Sie wollen die jetzige Haltung der Freisinnigen in Pommern mit der am 21. Februar 1890 bei den allgemeinen Reichstagswahlen beobachteten in Gegensatz bringen. Die „Kreuztg.“ sieht darin schon „eine große Veränderung der politischen Konstellation, die von bedeutenden Folgen sein muß.“ Denn noch vor einigen Wochen habe in Schlochau-Platow das Zentrum für die Freisinnigen gestimmt; es handle sich also darum, ob die Letzteren jetzt das „Bündniß“ kündigen wollen. Die „Germania“ wundert sich darüber, daß die Freisinnigen im Februar die Wahl des Herrn v. Schorlemer-Mst. dieses Vorkämpfers agrarischer Schutzzölle unterstützt hätten, während sie jetzt für den Zentrumskandidaten Böttmann nicht eintreten wollten, sondern für den national-liberalen Müllensiefen stimmten, der in einer Versammlung am vergangenen Sonntag sich als eifriger Freund der Industrie-Schutzzölle und als unbedingter Freund auch der Agrar-Schutzzölle zu erkennen gegeben habe. — Ein Wahlbündniß, wie es die „Kreuztg.“ darstellt, hat zwischen Freisinnigen und Zentrum nie bestanden. Wenn bei den Februarwahlen die verschiedenen, durch die Verschiedenartigkeit ihrer Grundsätze geschiedenen Parteien der Opposition vielfach, besonders bei den Stichwahlen gegenseitig für ihren Kandidaten stimmten, so hatten sie dafür ein zwingendes gemeinsames Interesse: sie wollten die auf den Namen des Fürsten Bismarck gewählte Mehrheit der Kartellparteien beseitigen, welche auf allen Oppositionsparteien wie ein Alp lastete. Das ist gelungen und es hat noch über das zunächst erstrebte Ziel hinaus Frucht getragen; Fürst Bismarck ist in Folge dessen „zerstückelt“ worden. Es wäre das vielleicht schon früher geschehen, wenn nicht dem Fürsten Bismarck die auf seinen Namen gewählte Reichstagsmehrheit aus den Kartellparteien als Deckung gebietet hätte. Alle Parteien der Opposition haben von der „Zerschmetterung“ des früheren Reichskanzlers Nutzen gehabt; jede derselben hat Ursache, jenes ungeschriebene Bündniß nicht zu bereuen. Keine derselben hat aber auch irgend welche Verpflichtungen für die Zukunft übernommen. Wenn das Zentrum in Schlochau-Platow für den freisinnigen Kandidaten, leider vergeblich eintrat, so that es dies nicht, um den Freisinnigen einen Gefallen zu thun, sondern nur um seiner selbst willen, weil nämlich der konservative Kandidat, Herr v. Hellborn dem Zentrum besonders unangenehm und verhaßt ist. Hätte der konservative Kandidat z. B. v. Hammerstein oder v. Kleist-Nezow geheißen, so wäre die Stellung des Zentrums wahrscheinlich eine ganz andere gewesen. Die freisinnige Partei hat sich weder durch die Unterstützung verschiedener ihrer Kandidaten durch das Zentrum bei den Februarwahlen noch durch das Unterstützen ihres Kandidaten Neukirch irgend welche Verpflichtung für die Zukunft aufgeladen und ebenso ist das Zentrum vollständig frei von jeder Verpflichtung bei jeder einzelnen Wahl. Wo die Ultramontanen bei einer Wahl einen Freisinnigen unterstützen, thun sie es nicht um des Freisinnigen, sondern um ihrer selbst willen. Und wo die Freisinnigen es da, wo sie selbst einen eigenen Kandidaten nicht durchzubringen vermögen, vorziehen sollten, einem Zentrumsmanne ihre Stimme zu geben, da thun sie es auch nicht um des Zentrums, sondern um ihrer selbst willen. Die Freisinnigen würden sich eben so wenig geniren, dem Gegner des Zentrums ihre Stimmen zuzuwenden, wenn dies im Interesse der Grundsätze geboten erschiene, welche die deutschfreisinnige Partei vertritt. Welche Taktik die freisinnige Partei bei künftigen Wahlen einschlagen wird, das wird besonders von der Politik der dabei in Betracht kommenden anderen Parteien abhängen. Von den

national-liberalen Blättern wurde der national-liberale Kandidat Anfangs als Gegner der Koruzölle dargestellt, während der Kandidat des Zentrums, Bürgermeister Rattmann, als großer Freund sämtlicher Hochschutzzölle bekannt war. Das hat einzelne freisinnige Stimmen veranlaßt, ihren Pommern Parteigenossen Herrn Müllensiefen als das „kleinere Uebel“ zu empfehlen. Wenn dessen Richtung aber wirklich der Schilderung der „Germania“ entspricht, so haben die Freisinnigen keine Veranlassung, über seine Wahl besonders erfreut zu sein. Die Pommern Parteigenossen werden am besten gewußt haben, welcher der beiden Kandidaten für sie das „kleinere Uebel“ war.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Januar.

Der Kaiser entsprach am Donnerstag Abend einer Einladung des russischen Botschafters Grafen Schuwalow zur Tafel und wohnte später der Vorstellung im Opernhaufe bei. Am Freitag Vormittag begab sich der Kaiser nach Eiche bei Potsdam, wo das Rendezvous zu der auf der Insel Potsdam angelegten Hafenjagd festgesetzt worden war. Die Jagd begann mit zwei Waldbreibern im Ehrenporten- und Zachlensberg und sollte mit einem Feldtriebe auf der Bornimer Feldmark fortgesetzt werden. Der Kaiser wird nach der „Nationalzeitung“ demnächst bei einem von dem Finanzminister Dr. Miquel veranstalteten Diner als Gast erscheinen. — Auch mit dem Papst hat nach Berliner Mittheilungen anlässlich des Jahreswechsels der Kaiser telegraphisch sehr freundschaftliche Glückwünsche ausgetauscht. Von beiden Seiten wurde der Hoffnung auf Erhaltung der guten Beziehungen Ausdruck gegeben.

Der Kaiser sprach in seiner Schlußrede in der Schulkonferenz von einem „Mißverständnis“, das wegen der Nichterwähnung der Religion in seiner ersten Rede aufgetreten sei. Nach der „Schles. Volksztg.“ hat Fürstbischof Dr. Ropp sein Bedauern über das Uebergehen dieses Gegenstandes dem Kultusminister gegenüber geäußert und dieser die Aufmerksamkeit des Kaisers hierauf gelenkt, welcher dann in der Schlußrede die bekannten Aeußerungen that. — Nach einer Meldung der „Magdeb. Ztg.“ hat der Ausschuß der Schulkonferenz seine Verhandlungen beendet, nachdem über die Grundzüge der Reform hinsichtlich der äußeren Stellung der Lehrer und des Berechtigungswesens eine Einigung erzielt war. Die nächste gemeinsame Sitzung ist zunächst erst für Februar beabsichtigt. Inzwischen sollen die Reformarbeiten durch Einzelberatungen entsprechend gefördert werden.

Nach dem Pol. Korr. dürfte sich das italienische Königspaar, das die Pathenschaft bei der Taufe des jüngstgeborenen Sohnes Sr. Maj. des Kaisers angenommen hat, bei der Taufzeremonie durch den italienischen Botschafter am Berliner Hofe, Grafen de Launay, vertreten lassen.

Der Entwurf des neuen Militäretats für 1891/92 birgt manche kostspielige Neuerungen in sich, obwohl schon die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke am 1. Oktober v. J. eine erhebliche Erhöhung des dauernden Militäretats mit sich geführt hat und dazu noch die beträchtlichen Mehrkosten aus dem Gebrauch der neuen Munition kommen. In dem neuen Militäretat sind 87 neue Offiziersstellen vorgesehen, darunter auch eine Anzahl Stabsoffiziere. Dazu soll nun aber noch kommen die Umwandlung von mehr als 200 Stellen von Hauptleuten erster Klasse in Stabsoffiziersstellen. Diese Umwandlungen betreffen theils die Infanterie theils die Feldartillerie. Dieses würde den Militäretat dauernd um eine halbe Million Mark belasten. Eine solche Belastung ist gegenwärtig um so weniger gerechtfertigt, als ohnehin auch sonst Mehrbelastungen des Ordinariums des Militäretats in diesem Jahre in Frage kommen in

einem weit höheren Betrage als irgend einem Jahre zuvor.

Mehrere Häfen der Nordsee sind durch Eis gesperrt. Aus allen nördlichen Theilen Europas werden Betriebsstörungen in Folge starken Frostes und des vielen niedergegangenen Schnees gemeldet.

Ein neugegründeter „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ versendet, wie die Staatsbürger Zeitung mittheilt, seine Statuten. Zu den Gründern des Vereins gehören auch hervorragende Männer der Provinz Westpreußen.

Von den Kolonien: Der Zentralvorstand des Afrikanervereins deutscher Katholiken bewilligte der „Rölnischen Volkszeitung“ zufolge für den Wismannsdampfer auf dem Viktorialsee 25.000 M. unter der Voraussetzung, daß die Ausführung und der Bestand des Unternehmens hinreichend gesichert seien. Ferner wurde beschlossen, für die Kilimandjarostation der „Väter des heiligen Geistes“ 16.000 M., für das apostolische Vikariat am Viktoria Nyanza 10.000 M., für die Vikariate Tanganyka Uvanyembe zusammen 10.000 M., für die Benediktus-Missionsgenossenschaft: Sankt Ottilien, und für Erweiterung der Mission Dar-es-Salaam 16.000 M., für Ausbildung deutscher Missionare 20.000 M. und endlich für die deutschen Missionsschwester in Afrika 3000 M. zu bewilligen. — Emin Pascha befindet sich nach Anlegung einer Station am Viktorialsee auf dem Rückmarsch. — Im Samu- und Witugebiet ist ein neuer Aufstand ausgebrochen. — Und nun kommen Nachrichten von den Karolineninseln, die derartig sind, daß Deutschland froh sein kann, diese Inselgruppe nicht sein eigen nennen zu dürfen. Die Eingeborenen auf den Karolineninseln tödteten neulich bei einem Aufstande 300 Ausländer, darunter 190 spanische Soldaten.

Von dem „sündhaften Berlin“ entrollt die Kriminalstatistik, welche das soeben erschienene Jahrbuch der Stadt Berlin für 1888 enthält, ein interessantes Bild: Im genannten Jahre sind hier selbst 12.719 Personen wegen Verbrechen und Vergehen verurtheilt worden, ganz abgesehen von den wegen Uebertretungen Verurtheilten. Von diesen 12.719 Personen waren 4689 (36,8 pCt.) vorbestraft. Die Verurtheilung erfolgte bei 2084 Personen (darunter 167 Frauen) wegen Verbrechen und Vergehen gegen Staat, Religion und die öffentliche Ordnung, bei 4171 (darunter 997 weibliche) wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Person, bei 6432 (1511 weibliche) wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen und gegen 32 Personen (2 weibliche) wegen Verbrechen und Vergehen im Amte. Was speziell die Junft der Berliner Spitzbuben betrifft, so wurden im Laufe des Jahres 3238 Mitglieder derselben verurtheilt, darunter 313 wegen schweren Diebstahl und drei wegen Raubes. — Die Zahl der verbrecherischen Frauen war, abgesehen von dem fast ausschließlich diesem Geschlecht eigenen Verbrechen wie Kindesmord, Auslieferung zc. überwiegend bei Todtschlag (2 Frauen unter 3 Verurtheilten) Menschenraub und Entführung, Brandstiftung, dann besonders bei Kupperei (221 oder 49 pCt.) Beleidigung (506 oder 34,3 pCt.), einfacher Hehlerei (68 oder 26,5 pCt.), einfacher Diebstahl (709 oder 24 pCt.) zc. zc. — Weniger als 18 Jahre alt waren 1085 der Verurtheilten.

Glogau, 9. Januar. Der kommandirende General des fünften Armeekorps hat angeordnet, daß alle Musikkapellen des Korps Konzerte für den Fonds des Prinz Friedrich-Karl-Denkmal in Görlitz veranstalten.

Jauer, 9. Januar. Wegen Arbeiterunruhen in Bollenhain wurde eine Kompanie Soldaten in Marschbereitschaft gesetzt. Jeder erhielt 20 scharfe Patronen.

Ausland.

Wien, 9. Januar. Nachdem es leider nicht länger bezweifelt werden kann, daß Johann Orth (bekanntlich ein Prinz des Habs-

burgischen Hauses) mit seinem Schiffe „Santa Margherita“ und dessen Mannschaft bei der Umschiffung Südamerikas in einem Seesturme den Untergang gefunden, sucht die allgemeine Theilnahme für das Schicksal des unglücklichen Mannes womöglich bestimmten und sicheren Aufschluß darüber zu erlangen, wo, wann und unter welchen Umständen die Katastrophe erfolgt ist, deren Opfer Johann Orth mit den Seinen geworden. Einen Beitrag zur Lösung dieser Fragen bietet ein Schreiben, das der Direktor der deutschen Seewarte in Hamburg, Geheimrath Dr. Neumayer an den Direktor des hydrographischen Amtes in Vola, Herrn Robert Müller, gerichtet hat und das der Wiener Neuen Freien Presse zur Einsichtnahme mitgetheilt worden ist. Geheimrath Neumayer, der persönlich von dem lebhaftesten Interesse für Johann Orth erfüllt ist, den er während dessen Aufenthaltes in Hamburg schätzen und ehren lernte, erklärte zunächst, daß das Resultat seiner Nachforschungen in den Büchern der vom Kap Horn nach Hamburg heimkehrenden Schiffe ein durchaus negatives war und daß er keinerlei Nachricht über die „Santa Margherita“ erlangen konnte. Dagegen sandte er dem Herrn Direktor Müller eine in drei Listen zusammengestellte Uebersicht der Witterungsvorgänge in der Umgebung des Kap Horn von Mitte Juli bis Ende August vorigen Jahres, woraus hervorgeht, daß in der That die Lage eines um diese Zeit vom La Plata um das Kap Horn nach der Westküste Südamerikas fahrenden Segelschiffes von mannigfachen Gefahren begleitet war. Geheimrath Neumayer spricht seine Meinung dahin aus, „daß die größte Gefahr für ein Zuschadenkommen des Schiffes wohl zur Zeit der Umseglung des Kap Desires (48 Grad südlicher Breite und 66 Grad westlicher Länge) vorgelegen haben mag, da am 20. Juli, also sieben Tage nachdem die „Santa Margherita“ den La Plata verlassen, ein orkanartiger Sturm aus Ost- und Ostnordost mit außerordentlich schweren Böen in jener Gegend wüthete. Es kann daher dem Schiffe ein Unfall schwerster Art zugestoßen sein, und es wäre immerhin möglich, daß Spuren des Schiffes und der Mannschaft südlich von der bezeichneten Stelle an der Küste von Patagonien zu finden wären. Es müßte sonach darnach getrachtet werden, durch Entsenden eines geeigneten Schiffes Aufklärung über das Schicksal Johann Orths zu erhalten.“

Wien, 9. Januar. Die Volkszählung ergab für die Stadt Wien ohne Vororte 809.448 Einwohner, um 104.687 mehr als vor zehn Jahren.

Konstantinopel, 9. Januar. Gestern begannen im russischen Botschaftspalais unter dem Vorsitze Nelidows die Verhandlungen über den russisch-türkischen Handelsvertrag. Nach dem Austausch von Versicherungen des beiderseitigen Entgegenkommens wurde der modus procedendi festgestellt. Als Delegirte der Pforte fungirten der Unterstaatssekretär des Aeußern Artin Pascha und der Generaldirektor der Bergwerke Bedros Effendi, als russische der Staatsrath Tamarovzas und der zweite Botschaftsdragoonan Nazimos. Nach der Sitzung fand ein Diner statt, wobei Nelidow auf den Sultan und den Kaiser Alexander toastete.

Athen, 8. Januar. Eine Abtheilung griechischer Freischaren unter Führung des bekannten Insurgenten Gliapis ist in Kandia gelandet und hat sich in die Berge geschlagen.

Mailand, 8. Januar. Gelegentlich der Vertheilung von Lebensmitteln an unbeschäftigte Arbeiter kam es heute zu kargen Unruhen. Die Arbeitlosen wurden tumultuarisch, da ihnen die Brotkrumen zu arg bemessen schienen. Militär trieb die Menge auseinander. Die Polizei nahm fünf Verhaftungen vor. Die Regierung beschloß, die nicht in Mailand heimathberechtigten Arbeiter in ihre Heimath abzuschicken.

Zugenburg, 8. Januar. Der deutsche Ministerresident Wallwiz wurde heute vom Großherzog in feierlicher Audienz zur Ueber-





